

# Anerkennung und Sicherheit im Alter



**MONIKA GRIEFAHN, MdB**

Bürgerbüro Landkreis Harburg

Brauhofstr. 1  
21423 Winsen (Luhe)  
Telefon: 04171 / 780171  
Telefax: 04171 / 780172

monika.griefahn@wk.bundestag.de  
www.monika-griefahn.de

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

viele ältere Menschen sind im Ruhestand, haben das Berufsleben hinter sich gelassen und erhalten eine staatliche Rente. Sie haben in ihrem Leben viel erreicht, viel für die Gemeinschaft getan und verdienen deshalb nun auch eine gesicherte Versorgung im Alter. Andere, die noch mitten im Erwerbsleben stehen, brauchen ebenso eine sichere und verlässliche Altersversorgung.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die für einen Rentner aufkommen, wird sich von 5:1 im Jahr 1960 auf nur noch 2:1 im Jahr 2030 verändern. Daher ist die solidarische Sicherung der Rente eine der Hauptherausforderungen für unsere Gesellschaft.

## **Das war die Politik von Helmut Kohl und Angela Merkel vor 1998:**

Nach der Regierungszeit von Kanzler Kohl lag das durchschnittliche Nettoeinkommen der Senioren über 65 Jahre bei 1.451 EUR/Monat (1999), unter Kanzler Schröder ist es auf 1.610 EUR/Monat (2003) angestiegen. Die Kosten der Einheit wurden von CDU/CSU den Sozialversicherungen aufgebürdet. Bis 1998 ist der Rentenbeitrag auf 20,3% gestiegen, für 2002 waren 21,5% geplant.

## **Das haben wir seit 1998 auf den Weg gebracht:**

Mit der Einführung der Ökosteuern haben wir den Rentenbeitragssatz schrittweise abgesenkt und bei 19,5% (1998: 20,3%) stabilisiert. Mit der verbesserten Anrechnung von Kindererziehungszeiten und einem partnerschaftlichen Rentensplitting haben wir die Alterssicherung von Frauen verbessert. Wir haben die bedarfsorientierte Grundsicherung als Mindestsicherung eingeführt. Die Armutsrisikoquote von Älteren ist von 13,3% (1998) auf 11,4% (2003) gesunken. Wir haben erstmals eine staatlich bezuschusste, kapitalgedeckte Altersversorgung eingeführt ("Riester-Rente", bisher schon 4,4 Mio. Verträge) und die betriebliche Altersvorsorge gestärkt. 15 Mio. Beschäftigte profitieren davon. Mit einer neuen Rentenformel und dem "Nachhaltigkeitsfaktor" tragen wir langfristigen demographischen und ökonomischen Entwicklungen Rechnung. Mit dem Alterseinkünftegesetz haben wir ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt und schrittweise die nachgelagerte Besteuerung eingeführt.

## **Das ist unsere Politik bis 2010:**

- Rentnerinnen und Rentner müssen teilhaben an guter wirtschaftlicher Entwicklung. Vorschläge aus CDU/CSU, die gezahlten Renten zu kürzen, lehnen wir ab.
- Wir wollen die betriebliche und private Altersvorsorge weiter fördern und stärken.
- Wir führen das faktische Renteneintrittsalter an das gesetzliche Eintrittsalter (65 Jahre) heran.
- Wir wollen die Finanzierung der sozialen und der privaten Pflegeversicherung verbinden und deshalb eine Bürgerversicherung aufbauen, die auch die Pflege umfasst.
- Wir werden den Städte- und Wohnungsbau auch an den Bedürfnissen älterer Menschen ausrichten.

Wir haben in der SPD in den letzten sieben Jahren viel auf den Weg bringen können, und auch für die Zukunft haben wir noch viel vor. Dabei stehen wir nicht nur bei der Rente für eine verlässliche, zukunftsgerichtete und sozial gerechte Politik.

Ich bitte Sie daher um Ihre Stimme bei der **Bundestagswahl am 18. September.**

Mit freundlichen Grüßen

Ihre